

deutsch und englisch artikuliert sich schrill der europäische Gegensatz.

Die Außenminister hatten in Brüssel den vom Pariser 1972er Gipfel angeregten und in Kopenhagen erneut bestätigten Regionalfonds mit Geld ausstatten sollen. Ab 1. Januar wollte die Gemeinschaft dann bedürftige Regionen aus der Brüsseler Kasse unterstützen.

Britanniens Außenminister Sir Alec Douglas-Home, dessen wirtschaftlich angeschlagenes Land dringend Finanzspritzen aus der Gemeinschaftskasse benötigt, verlangte, der Fonds müsse für die ersten drei Jahre mit 10,9 Milliarden Mark ausgestattet werden. Bonns

Gegenoffensive: Die von den Deutschen geforderte gemeinsame Energiepolitik, wirkliche Fortschritte in der Wirtschafts- und Währungsunion und der Regionalfonds seien ein Paket. Sir Alec: „Ohne einen befriedigenden Regionalfonds wird es keine gemeinsame Energiepolitik geben.“

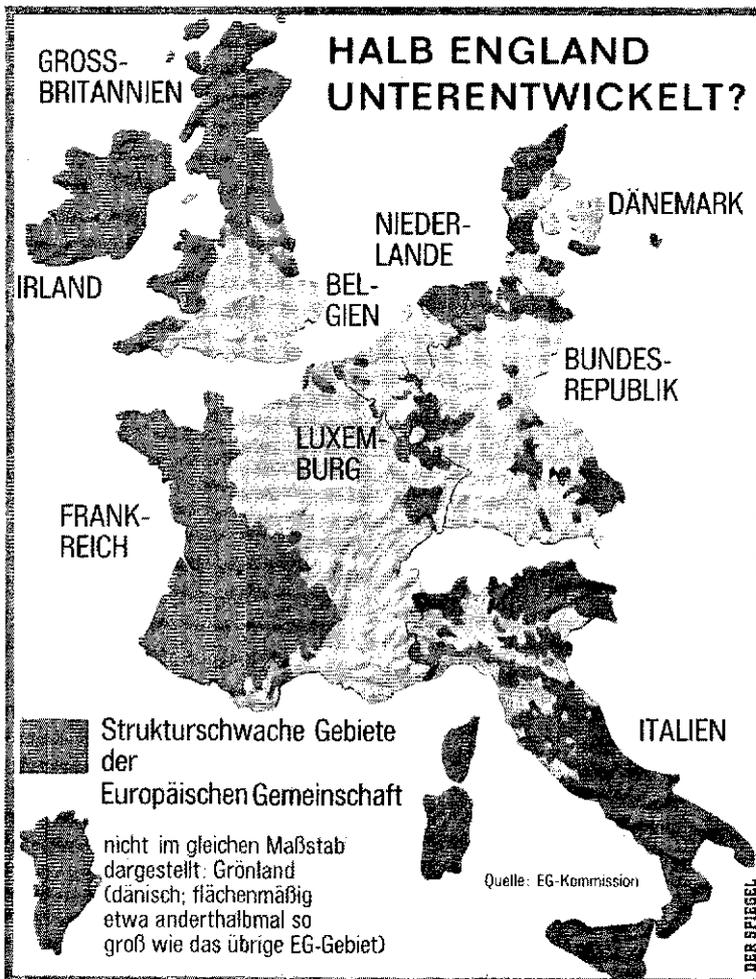
Nun wurde der Deutsche zornig. Die Energiesolidarität, so belehrte Apel den Briten, sei die Basis der Gemeinschaft. „Man kann sie sich nicht gegenseitig abkaufen.“ Damit stürmte Apel aus dem Saal. Der nach ihm verlangenden Ministerrunde ließ er ausrichten: „Ich

kehren müsse, aus dem es 1972 wegen der Pfundkrise ausgeschert war.

Als Sir Alec auch diesen Vorschlag nicht akzeptieren wollte, fragte Apel bissig: „Heißt das, daß Großbritannien bis Mitte 1974 nicht in der Lage sein wird, sich dem Währungsverbund anzuschließen?“ Der Brite, dessen Land einen solchen Schritt gegenwärtig nicht verkraften könnte, schwieg. Wenig später, nachdem er die Forderung auf Koppelung von gemeinsamer Energiepolitik und Regionalfonds wiederholt hatte, verließ Sir Alec den Ministerrat. Bonns Unterhändler Apel verglich die Situation mit dem Ersten Weltkrieg: „Die Briten hoffen hier auf ein Marne-Wunder — aber das wird nicht kommen.“ Bonns EG-Kommissar Dahrendorf griff auf den Zweiten Weltkrieg zurück: „Die schwerste deutsch-britische Verstimmung seit 1940.“

Bonn hatte mit nötiger Klarheit, aber unnötiger Härte dargetan, daß die Bundesrepublik nicht bereit ist, Hunderte von Millionen Mark für immer wieder aufgeschobene wirtschaftliche und strukturelle Reformen ihrer Partner auszugeben. Apel: „Wir sind nicht die Schatzmeister der EG.“

Damit aber müssen die Briten fest gerechnet haben. Der irische Außenminister Fitzgerald, der Londons Forderungen in Brüssel unterstützte, warnte: „Ohne einen anständigen Regionalfonds wird die EG-Mitgliedschaft Englands in Frage gestellt.“



Kanzler Brandt fand die britischen Wünsche „etwas hoch“. Denn die Bundesrepublik, die 28 Prozent dieses Fonds beizusteuern hätte, bekommt nur 8 Prozent für ihre eigenen Notstandsgebiete heraus. London hingegen hat Britanniens gesamten Norden für unterentwickelt erklärt und möchte abkassieren.

Apel ließ sich von Finanzminister Helmut Schmidt nicht nur seinen Verhandlungsspielraum genau abstecken, er praktizierte auch einen harten Verhandlungsstil, den die Europäer von Bonn-Vertretern bislang nicht gewohnt waren: 2,2 Milliarden seien genug für den Fonds. Apels Gesprächspartner waren entsetzt. Sir Alec startete die

kann jetzt nicht. Ich gratuliere dem Bundeskanzler zum Geburtstag.“

Der Däne Nørgaard, turnusmäßiger Präsident des Ministerrates, mußte feststellen: „Die Gemeinschaft ist zum Stillstand gekommen.“ Dann machte sich Nørgaard daran, einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten: Die Ministerrunde sollte zunächst einmal nur über die Mittel für das erste Jahr beschließen. Die Mehrzahl der Minister stimmte zu, auch Apel empfand den Gedanken des Dänen als „im Grundsatz richtig“. Allerdings wolle Bonn die Aufstockung des Fonds Mitte 1974 davon abhängig machen, daß dann zumindest Großbritannien in den Währungsverband des EG-Staaten zurück-

SOWJET-UNION

Wichtige Hilfe

Nach einer Rekord-Ernte plant Breschnew eine Reform der Landwirtschaft. Die Regierungszeitung „Iswestija“ empfiehlt das Gegenteil.

Vorigen Mittwoch, einen Tag nach Willy Brandt, feierte Sowjet-Parteichef Leonid Breschnew Geburtstag — glücklich: Das vergangene Lebensjahr hat ihm Erfolg gebracht. Seinen größten Sieg errang Breschnew, 67, an einer Front, die über das Schicksal jeder sowjetischen Regierung entscheidet: in der Landwirtschaft. 1973 wurde die größte Ernte in der Geschichte Rußlands eingebracht. Wie hoch der Rekord genau ausfiel, ist allerdings strittig.

Das US-Landwirtschaftsministerium, neuerdings auch für die Ernährung der Sowjetbürger zuständig, schätzte im Juli 195 Millionen Tonnen Getreide. Geplant waren 1974 Millionen Tonnen, die wurden — laut „Iswestija“ im Oktober — „erreicht“. Das wären schon 30 Millionen Tonnen mehr als in der Mißernte des Vorjahres und etwa ebensoviel, wie von den Kapitalisten dazugekauft werden mußte.

Es gab seltsame Zahlenspiele: Am 9. Oktober meldete Ukraine-Parteichef Schtscherbizki für sein Bundesland in

der „Prawda“ 45 Millionen Tonnen. In derselben Nummer spezifizierte die „Prawda“-Redaktion: In der Ukraine wurden 14 Millionen Hektar mit einem Durchschnittsertrag von 28,2 Doppelzentner bestellt — das sind dann aber nur 39,5 Millionen Tonnen.

Am 30. Oktober meldete der Premier der Russischen Föderation (RSFSR), Solomenzew, 126 Millionen Tonnen — auf 70 Millionen Hektar mit je 17 Doppelzentner (BRD: 38,2 Doppelzentner). Das sind, zusammengerechnet, nur 119 Millionen Tonnen.

Auf dem Weltfriedenskongreß im Kreml gab Breschnew als Gesamtergebnis der UdSSR „offenbar über 215 Millionen Tonnen“ bekannt. Am 12. Dezember nannte Planungschef Baibakow 220 Millionen Tonnen, und in der „Prawda“ vom vorletzten Sonntag waren es schon 222,5 Millionen.

Doch der Berg des abgeernteten Getreides wächst nicht, sondern nimmt eher ab: Die durch einen regenreichen Sommer nasse Frucht wurde gleich nach dem Dreschen gewogen, mit der Feuchtigkeit. Die Scheunen reichen nicht, mitunter wird im Freien gelagert, wo das Korn im Schnee verkommt. Beim Lkw-Transport zu den Staats-Silos gehen nach sowjetischen Angaben bis zu 15 Prozent der Ladung verloren.

Schon wird wieder zu sparsamem Verbrauch aufgerufen. Der Vize-Vorsitzende des Obersten Gerichts der RSFSR, Schubin, rügte am 6. Dezember Staatsläden, die Brot in Übermengen verkaufen, und Nachbarn, die das nicht anzeigen. Manche Bürger, drohte Schubin, kaufen 10 bis 15 Laib Brot und füttern damit ihr privates Vieh — ein derart gemeingefährliches Verhalten könne drei Jahre Haft eintragen.

Laut US-Landwirtschaftsministerium hat die UdSSR in den USA auch 1973



Bodenreformer Breschnew Wie hoch war der Rekord?

3,5 Millionen Tonnen Weizen und fast vier Millionen Tonnen Mais geordert. Moskau veröffentlicht dazu selbst keine Zahlen — die Mammut-Importe des vorigen Jahres wurden dem Sowjetvolk verschwiegen. In der offiziellen, gedruckten Statistik des Außenhandelsministeriums für 1972 (316 Seiten) fehlt die Position 700: die Warengruppe Getreide.

Daß die sowjetische Landwirtschaft endlich von Grund auf reformiert werden muß, hatte auch Breschnew erkannt. Er entschied sich für einen radikalen Wandel.

Über den Plan hinaus dirigierte er für 1971 bis 1973 zusätzlich fast neun Milliarden Mark in den Ackerbau. Im nächsten Jahr sollen 27 Prozent aller sowjetischen Investitionen in Landma-

schinen, Dünger und Speicher gesteckt werden. Vor dem ZK kündigte Breschnew jetzt eine durchgreifende Reform an: Die Landwirtschaft soll industrialisiert werden.

Die 32 800 Kollektiv-Genossenschaften (Kolchose) und die 15 500 Staatsgüter (Sowchose) sollen zu einer neuen Produktionseinheit zusammengeschlossen werden, in der mit Fabrik-Methoden und nach dem Gewinnprinzip gearbeitet wird — was immer das heißt.

Wie in der Industrieverwaltung (SPIEGEL 15/1973) muß nun auch in der Agrarproduktion der bürokratische Überbau vereinfacht werden. Höhere Löhne und Renten sowie mehr Kultur sollen den krassen Unterschied zwischen Stadt und Land abmildern. Dafür aber sollen die Bauern offenbar ihr Privatland in die neuen Agrar-Komplexe einbringen.

Acht Stunden täglich arbeitet der Kolchosnik lustlos für das Kollektiv, das ihm dafür im Schnitt 840 Rubel (etwa 3000 Mark) im Jahr zahlt, zum Teil in Naturalien. Seine freie Zeit arbeitet er für sich und damit intensiv: Bis zu zwei Morgen darf er selbst bebauen und die Bodenfrüchte eigenhändig auf dem freien Markt verkaufen, dazu eine Kuh und zwei Schweine heranfüttern.

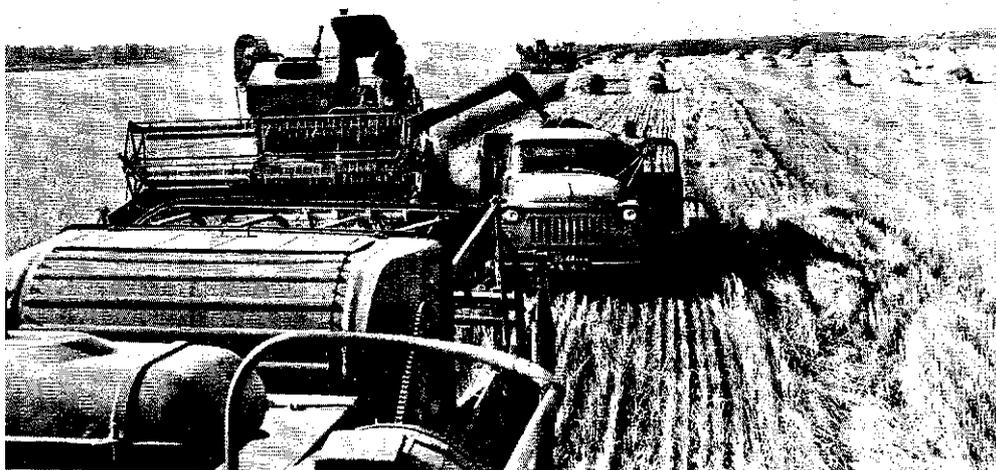
Das Mini-Privatland macht weniger als ein Prozent der Agrar-Nutzfläche in der UdSSR aus, aber brachte 1970 — so der Präsident der Landwirtschafts-Akademie, Pawel Lobanow — 40 Prozent der gesamten Fleisch- und Milchproduktion, 20 Prozent der Wolle und einen großen Teil des Aufkommens an Obst, Gemüse und Kartoffeln.

Schafft Breschnew mit seinem Industrialisierungs-Plan die privaten Gärten ab, kommt es mit Sicherheit zunächst zu einer Versorgungskrise. US-Experten haben deshalb das Gegenteil vorgeschlagen: Verdoppelung oder Verdreifachung des privat bebauten Bodens.

Ähnlich dachte wohl auch die „Iswestija“, als sie am 14. November einem Musterbauern das Wort gab: Unter der Überschrift „Die Privatwirtschaft hat gesellschaftliche Bedeutung“ interviewte die Regierungszeitung Alexander Grigorjewitsch Kowalischin, einen Kolchos-Vorsitzenden aus der Gegend von Smolensk und Abgeordneten des Obersten Sowjet der RSFSR.

Kowalischin (Tagelohn seines Kolchos: 4,57 Rubel, rund 16 Mark) klagte, noch nie habe sich der Staat um das Privatland gekümmert oder es gar gefördert — dazu wende nur immer der schlechteste Boden zur Verfügung gestellt. Der Landmann wünschte sich Saatgut von der Regierung, Kolchosland für das private Vieh und Beistand beim privaten Vertrieb der Produkte.

Dazu die „Iswestija“: „Das private Land war und bleibt eine wichtige Hilfe für die Ernährung des Sowjetvolks.“



Breschnew-Erfolg Getreideernte (im Kuban-Gebiet): Was wird aus dem Privatland?